

Bürger sagen Suez den Kampf an

Neue Initiative „Dicke Luft“ will Erweiterung der Verbrennungsanlage an der Südstraße verhindern. Gründungsversammlung im Haus der Natur

„Wahnsinn! Unglaublich!“ Das sagte Gastgeberin Ingrid Reckmeier (BUND) am Mittwochabend im Haus der Natur an der Vinckestraße angesichts der Resonanz: 46 Bürger waren der Einladung zur Gründung der Initiative „Dicke Luft“ gefolgt. Sie wollen gemeinsam gegen eine Erweiterung der umstrittenen Verbrennungsanlage der Firma Suez an der Südstraße kämpfen und weitere Mitstreiter ins Boot holen. Langfristiges Ziel ist sogar eine komplette Schließung der „thermischen Bodenaufbereitungsanlage“, so die offizielle Bezeichnung des Werks.

Die Vorwürfe

Die Suez-Anlage an der Südstraße in Herne-Süd. 25 Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen nach eigenen Angaben an diesem Standort. Foto: Ralph Bodemer

Suez brüste sich damit, ein Heilsbringer für die Umwelt zu sein, sagte BUND-Mitglied Astrid Bick. In Wirklichkeit stelle die Verbrennungsanlage eine große Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung dar - und das, obwohl die Krankheits- und Krebsrate in Herne schon jetzt eine der höchsten sei. „Die tricksen“, sagte Reckmeier. Das Unternehmen nutze so gut wie jede Lücke für Ausnahmegenehmigungen und niedrigere Umweltstandards aus - zum Beispiel beim Ausstoß von Stickoxid. Durch die nun beantragte Erweiterung - es wäre die 22. - würden die Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden erneut zunehmen. Auch die Gefahr von Störfällen bzw. Unfällen würde erheblich steigen. Und: Zusätzliche Belastungen könnten durch die Behandlung von giftigen Bohrschlämmen aus Niedersachsen entstehen.

Die Teilnehmer

Eine illustre Runde fand sich unter dem Dach des Hauses der Natur ein. Es nahmen teil: Anwohner von Suez, umweltbewegte Bürger, Mitglieder der Parteien Linke, Grüne, Piraten und Alternative Liste (AL) sowie Vertreter der MLPD-nahen Organisationen Frauenverband Courage und Umweltgewerkschaft. Und auch Stefan Fleischmann von der früheren Bürgerinitiative gegen Geruchsbelästigung durch die Firma Kost an der Bochumer Stadtgrenze kam zur Gründung der neuen BI. Der Versammlungsleiter Norbert Ingler - ein pensionierter Schulleiter und ehemaliger Haranni-Lehrer - betonte ausdrücklich die Überparteilichkeit der Initiative.

Die Sprecher

Zu Sprechern der neuen Bürgerinitiative wurde die parteilose Stadtverordnete Klaudia Scholz (sie sitzt für die Linke im Rat), Astrid Bick sowie Suez-Anwohner Gerhard Kalus gewählt. Außerdem wurde ein Koordinierungskreis gebildet, der Aktivitäten vorbereiten soll. So ist unter anderem für Januar eine öffentliche Veranstaltung geplant.

Der Appell

Bernd Schroeder, Fraktions-Chef von Piraten-AL im Rat, und Linke-Chef Daniel Kleibömer appellierten an alle BI-Mitglieder, öffentlich nicht mit unbewiesenen Behauptungen zu argumentieren – zum Beispiel beim Thema „radioaktive Gefährdungen“. Damit setze man sich der Gefahr aus, unseriös zu sein, so Schroeder.

Mehr über die Initiative, ihre Ziele und ihre Argumente gegen Suez gibt es im Internet auf der Seite www.dickeluft-herne.de

Entscheidung über Erweiterung fällt 2018

Voraussichtlich Anfang 2018 fällt eine Entscheidung über den Antrag der Firma Suez auf Erweiterung des Standorts an der Südstraße. Das berichtet Christoph Söbbeler, Sprecher der für die Genehmigung zuständigen Bezirksregierung Arnsberg auf WAZ-Anfrage. Es fehlten noch einige „allerletzte Unterlagen“.

Die neue Bürgerinitiative setzt und hofft darauf, dass im Falle einer Zustimmung zur Suez-Erweiterung Umweltverbände ihr Klagerecht wahrnehmen werden.

Kommentar: Ein guter Start

Gute Resonanz, großes Engagement, klare Ziele - die Auftaktveranstaltung dürfte der neuen Bürgerinitiative Rückenwind für künftige Aktivitäten geben. Erreicht ist damit allerdings noch nichts, denn für diese wie für andere Bürgerinitiativen gilt: Nur mit einem gaaaanz langen Atem kann etwas bewegt werden. Frag' nach bei den Unterstützern der BI gegen die Geruchsbelästigung durch Kost an der Bochumer Stadtgrenze.

Einen Startvorteil hat die Initiative: Alle Parteien und selbst die Verwaltung sind gegen eine Erweiterung und grundsätzlich gegen den in einer dicht besiedelten Stadt wie Herne ungeeigneten Suez-Standort. Lippenbekenntnisse allein reichen aber nicht aus. Diese Haltung muss in aktive Politik (Parteien) bzw. in das Ausschöpfen aller rechtlichen Möglichkeiten (Stadt) münden. Der OB hat hier jüngst bereits ein Zeichen gesetzt, indem er das leidige Thema Suez beim Antrittsbesuch des Regierungspräsidenten ansprach. [loc]